

den, die eine möglichst hohe Verbindlichkeit und eine möglichst problemlose Anpassung an veränderte Waren und Sortimente gewährleisten sollten. Dieses Modell würde es auch ermöglichen, die ursprüngliche Konzeption einer für alle Branchen des Einzelhandels einheitlichen Ausbildung wiederherzustellen.

Anmerkungen

- [1] Vgl.: Funktionsuntersuchung Einzelhandel – Arten, Aufgaben, Tätigkeiten, Anforderungen und Werdegang der Berufstätigen im Einzelhandel, Bericht der Arbeitsstelle für Betriebliche Berufsausbildung über die Ergebnisse des ihr vom Bundesminister für Wirtschaft im Februar 1966 erteilten Forschungsauftrages, Bonn 1966 (nicht veröffentlichtes Manuskript).
- [2] Vgl.: Funktionsuntersuchung, a.a.O., S. 102.
- [3] Vgl.: Funktionsuntersuchung, a.a.O., S. 104.
- [4] Vgl.: Bundesberufsgruppe kaufmännischer Angestellter der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Modell einer Neuordnung der Ausbildungs-

berufe „Verkäufer/in“ und „Einzelhandelskaufmann“, DAG-Hausdruck 1973 (o. Jahrgang).

- [5] Bargmann, H.; Müller, K.; Schickle, O.; Tippelt, R.: Qualifikationsanforderungen im Einzelhandel, Heidelberg 1979, erscheint demnächst.

- [6] Vgl.: Bargmann, H.: a.a.O., S. 330 ff.

- [7] Die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels gelangte zu einem ähnlichen Ergebnis: „Zum einen war zu beobachten – und es ist anzunehmen, daß sich dieser Trend fortsetzt – daß das Verhalten des Verbrauchers und seine Einkaufsgewohnheiten wieder verstärkt zum Beratungs- und Verkaufsgespräch tendiert. Der Einzelhandel wird trotz Kostendruck diesem Wandel Rechnung tragen. Das impliziert allerdings, daß er in Zukunft mehr denn je qualifizierte Verkaufsmitarbeiter benötigt“. Berufsausbildung im Einzelhandel – Entwicklung und Erwartung 1970-1990 –. Köln 1979. Der Präsident der Hauptgemeinschaft betonte auf dem „Einzelhandels-Treff '80“, daß Aus- und Weiterbildung eine dominierende Aufgabe für den Einzelhandel in den 80er Jahren sei. Vgl. Handelsblatt Nr. 162 vom 25.08.1980.

UMSCHAU

Hans-Joachim Walter

„Hochschultage Berufliche Bildung '80“ in Bremen

Zwischen Utopie und machbaren Schritten zur Verbesserung lägen die Vorstellungen und Erwartungen darüber, wie die berufliche Bildung in der Bundesrepublik Deutschland künftig aussehen wird, soll oder muß. Das ist die Quintessenz der „Hochschultage Berufliche Bildung '80“, die von den Universitäten Bremen, Hamburg und Hannover vom 1. bis 4. Oktober in Bremen veranstaltet wurden.

Die Spannweite dessen, was in den folgenden Tagen diskutiert wurde, kam bereits in den beiden Hauptreferaten des Eröffnungstages zum Ausdruck. W. Lemperts (MPI) Analyse der gegenwärtigen Situation in der beruflichen Bildung, seine Auseinandersetzung mit Reformideen und -modellen gipfelte in der Forderung nach einer radikalen Reform der Berufsbildung und der allgemeinen Bildung, die für ihn nicht vorstellbar ist ohne eine Änderung der bestehenden Form der gesellschaftlichen Arbeit. Nach Lempert waren die bildungspolitischen Reformbestrebungen der vergangenen Dekade wenig erfolgreich. Weder würden Qualifikationslücken gefüllt noch Chancengleichheit erreicht. Das seit 1975 aufgrund quantitativer Probleme – sprich: Ausbildungsplätze – betriebene Krisenmanagement lasse die einmal gehegten Reformabsichten in den Hintergrund treten.

Wenn aber das vielleicht wichtigste bildungspolitische Ziel – Angleichung der Bildungschancen, und dies insbesondere für den großen Teil der Auszubildenden – erreicht werden sollte, dann gälte es, neue Ansätze zu entwickeln. Lemperts Vorschläge lassen sich stichwortartig wie folgt zusammenfassen:

- Reintegration von praktischer und theoretischer Bildung; die Überbetonung fachlicher Inhalte in betrieblichen Ausbildungsgängen müsse zurückgedrängt werden; andererseits sei es unsinnig, dreizehn Schuljahre en-bloc zu durchlaufen, ohne auch nur eine Vorstellung von den Realitäten der Arbeitswelt bekommen zu haben. Ziel müsse es sein, allgemeine und berufliche Bildung auch zeitlich stärker zu verschränken, so daß insbesondere die vertikale-Differenzierung der Berufe, wenn nicht aufgehoben, so doch durchlässiger gestaltet werde.

– Demokratische Kontrolle der (Bildungs-)Bürokratie, ohne die reformerische Ansätze kaum erfolgreich durchgesetzt werden können.

– Abgehen von der Tausch- und Mehrwertproduktion und Hinwenden zur Gebrauchswertproduktion oder – um es mit einem gängigen und vielstrapazierten Schlagwort auszudrücken – Systemveränderung. Ohne diese bestünden weiterhin Konkurrenz, Unsolidarität, Egoismus, Konformität, Gleichgültigkeit gegenüber den Arbeitsaufgaben, Verschwendungsökonomie, die insgesamt für die Zukunft negative gesellschaftliche Entwicklungen erwarten ließen.

Kurzfristig seien derartige Veränderungen nicht zu erwarten; trotzdem erschienen Maßnahmen nötig und möglich, die insbesondere zu einer stärkeren Verschränkung allgemeiner und beruflicher Bildung beitragen könnten, z. B. Ausbau des Praxisunterrichts an allgemeinbildenden Schulen, des theoretischen Unterrichts in Betrieben oder Förderungseinrichtungen wie ÜAS, verstärkter Experimentalunterricht; Verpflichtung zum Betriebspakum für alle Studenten; Bildungsurlaub, Humanisierung der Arbeitswelt und Mitbestimmung. Langfristig sei eine radikale Veränderung wohl nur als Folge einer tiefgreifenden ökonomischen und gesellschaftlichen Krise denkbar, für deren Lösung eine Demokratisierung des Bildungs- und Beschäftigungssystems eine Notwendigkeit sei.

Das andere Hauptreferat wurde von H. Schmidt (BIBB) gehalten. Im einleitenden Teil beschäftigte er sich mit den gesetzlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, unter denen Berufsbildungsforschung im BIBB betrieben wird. Spannungsfeld, idealtypische Vorstellungen, Schwierigkeiten und Chancen zugleich wurden deutlich bei der Darstellung der Organisation und Aufgaben des Instituts. Die folgenden Tage sollten wiederholt zeigen, daß diese institutionellen Kenntnisse bei manchem Berufsschullehrer, Referendar oder Studenten nicht vorhanden sind.

Schmidt setzte Akzente im zweiten Teil seines Referates, der sich vor dem Hintergrund der vorher geschilderten Bedingungen mit drei wichtigen Schwerpunkten befaßte, deren erster „Abbau der Chancenungleichheiten – Sicherstellung eines qualitativ und quantitativ ausreichenden Angebots an beruflicher Bildung“ war. Er wies in diesem Zusammenhang auf das regionale Gefälle zwischen Stadt und Land, die immer noch bestehenden starken Unterschiede in der Versorgung mit Ausbildungsplätzen zwischen einzelnen Branchen hin und auf die bis zur Diskriminierung reichenden Unterschiede in der Versorgung von Personengruppen. Denn: Mädchen besetzen nur 38 % der betrieblichen Ausbildungsplätze, von denen darüber hinaus die meisten durch geringe Qualifikationen gekennzeichnet sind. Von 140.000 ausländischen Jugendlichen zwischen 15 und 18 Jahren erhielten lediglich 30.000 eine berufliche Ausbildung, 90.000 seien noch nicht einmal in der Berufsschule erfaßt. Immer noch blieben 180.000 deutsche Jugendliche ohne Ausbildung.

Seine Forderungen zielen insbesondere auf eine Steigerung des sächlichen und personellen Aufwands für die Durchführung der beruflichen Bildung ab. Pädagogisierung der Ausbildung am Arbeitsplatz, Systematisierung der Lernprozesse, Bildung kleiner Lerngruppen, Zusatzqualifikationen für Ausbilder seien nötig, wenn man dem Anspruch, allen eine qualitativ annähernd gleichwertige Ausbildung zu bieten, gerecht werden wolle. Wo betriebliche Ausbildungsplätze – beispielsweise aufgrund einer nicht ausreichenden Wirtschaftsstruktur – fehlten, seien die Länder aufgefordert, diese Lücken durch den verstärkten Ausbau vollzeitschulischer beruflicher Bildungsgänge zu schließen. So genannte „lernbeeinträchtigte“ Jugendliche schließlich – dies zeigten die Ergebnisse von Modellversuchen – ließen sich sehr wohl für eine qualifizierte Facharbeitertätigkeit ausbilden. Nur müsse die Tendenz dahin gehen, diese Ausbildung im Zweifelsfalle zu verlängern, nicht aber auf zwei Jahre zu verkürzen und damit diese Jugendlichen nahezu automatisch für untergeordnete Tätigkeiten zu rekrutieren.

Steigerung der individuellen Verwertbarkeit von beruflichen Qualifikationen – der von ihm angesprochene zweite Schwerpunkt – sei nötig, wenn künftige Facharbeiter den sich abzeichnenden Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt folgen können sollten. Gerade weil die Qualifikationsforschung nur schwer in der Lage sei, Anforderungsprofile künftiger Facharbeiterqualifikationen, insbesondere unter dem Einfluß technologischer und wirtschaftlicher Entwicklungen hinreichend exakt zu bestimmen, müßten Lehrlinge so ausgebildet werden, daß sie den zu erwartenden, aber in Art und Umfang kaum prognostizierbaren Veränderungen folgen können. Die Qualifikationsforschung liefere dazu wichtige Orientierungspunkte.

Daraus ergäbe sich die Konsequenz einer breiten beruflichen Grundbildung und einer nur mäßig spezialisierenden Fachbildung. Spezialisierung sei vordringlich Aufgabe der Weiterbildung, die in einem nicht zu großen Abstand nach Abschluß der Erstausbildung einsetzen müsse. Darüber hinaus sollten eine breite berufliche Erstausbildung und eine früh einsetzende berufliche Weiterbildung erhebliche Anteile aus dem Bildungsbereich enthalten, der heute immer noch als „allgemein“ bezeichnet werde.

Insgesamt gehöre dazu aber auch letztlich eine Verbesserung des Systems der beruflichen Bildung. Die Abstimmung der Ausbildungsinhalte und die gemeinsame Planung der Lernprozesse in den verschiedenen Lernorten sei eines der wichtigsten Felder; die Beziehungen zwischen beruflicher Erstausbildung und beruflicher Weiterbildung seien verbesserungswürdig; die Finanzierungsfrage werde auch künftig kaum aus der öffentlichen Diskussion verschwinden. Er rief Berufsschullehrer und Ausbilder zu einer stärkeren Kooperation auf und stellte zur Diskussion, wann das allgemeinbildende Schulwesen die Bereitschaft zeige, Inhalte der beruflichen Bildung als gleichberechtigt in den klassischen Fächerkanon des Gymnasiums aufzunehmen und Hochschulen

Berufspädagogen ausbildeten, die eine konkrete Vorstellung von den Realitäten der Arbeitswelt in den Betrieben hätten. Wenn auch Lemperts und Schmidts Vorstellungen als diametral entgegengesetzt erschienen, so zeigte sich doch eine wichtige Gemeinsamkeit in der Aussage, daß berufliche und allgemeine Bildung nicht länger gegeneinander abgeschottet werden dürften. Beide machten klar, daß auf den „Lernort Betrieb“ auch künftig nicht verzichtet werden kann.

Konzept und Ergebnisse der Tagung

Im Versuch, alle an der Berufsbildung Beteiligten zu Bestandsaufnahme und Diskussion zusammenzuführen, sah F. Rauner (Universität Bremen) Sinn und Zweck der Tagung. Weder sollten akademische Exkurse gehalten noch ein berufspädagogisches Szenarium entwickelt werden. Es sei vielmehr die Absicht, sowohl fachrichtungsübergreifend als auch über die unterschiedlichen Interessengruppen, Institutionen oder Verbände hinweg zu einem Gespräch zu gelangen, „Theorie“ und „Praxis“ sozusagen in der Diskussion zu vereinen. Insbesondere an diesem Anspruch werden sich die „Hochschultage Berufliche Bildung '80“ messen lassen müssen.

Sie gliederten sich in Plenarveranstaltungen, Fachtagungen, Workshops und Foren. Die Plenumsveranstaltung des ersten Tages stand im Zeichen der Eröffnungsvorträge und einer anschließenden Podiumsdiskussion zum Thema „Beruf und Bildungssystem“; die des zweiten Tages begann mit einem Vortrag des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft, Jürgen Schmude. Es folgten Vorträge verschiedener Referenten aus dem benachbarten Ausland, die über die jeweiligen Berufsbildungssysteme ihrer Länder berichteten und sich an der anschließenden Podiumsdiskussion beteiligten.

Die Teilnahme ausländischer Kollegen erwies sich als positiv. Generell trägt sie dazu bei, die eigenen Probleme und Schwierigkeiten nicht überzubewerten und fördert gleichzeitig das Verständnis für die Situation der Nachbarn. Es wäre wünschenswert, würden auch an den angekündigten Folgeveranstaltungen wiederum ausländische Gäste beteiligt sein.

Arbeitsschwerpunkte der „Hochschultage“ lagen eindeutig in den Fachtagungen und Workshops, die am dritten und vierten Tag ganztägig durchgeführt wurden. In ihnen ließen die fachlich relevanten Diskussionen und Auseinandersetzungen, wurde versucht, zu analysieren und Lösungswege aufzuzeigen. Dieses Fachtagungsangebot konnte sich sehen lassen. Einerseits gab es Tagungen zu beruflichen Fachrichtungen wie Elektrotechnik, Metalltechnik, Sozialwissenschaft/Sozialpädagogik und Wirtschaft, andererseits zu Themenschwerpunkten wie „Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag“, „Berufliche Bildung von Frauen – Berufskarrieren oder Lebenschancen“ oder „Sport und berufliche Bildung“. Dazu traten Workshops zu den Themen „Kinder- tagesstätte“, „Didaktik beruflichen Lernens“ und „Neuordnung der Elektroberufe“. Im Foyer bot sich die Möglichkeit, Informationen von Instituten, Schulen, Betrieben, Schulbuch- oder Lehrmittelverlagen einzuholen.

Eine – auch nur kurze – Einzelberichterstattung über den Verlauf und die Ergebnisse dieser Fachtagungen und Workshops würden den Rahmen dieses Berichts sprengen. Die Universität Bremen hat angekündigt, die Ergebnisse der Tagung zu publizieren. Darüber hinaus beabsichtigt auch die BWP, einzelne Aspekte in den nächsten Heften nochmals aufzugreifen.

Seitens der Veranstalter wurde von einer Teilnehmerzahl von 1200 Besuchern gesprochen, die sicherlich etwas zu hoch gegriffen war. Dabei handelte es sich überwiegend um Lehrer, Referendare, Hochschulangehörige und Studenten; Ausbilder oder Ausbildungsleiter, Auszubildende und Gewerkschaftler, die in dieser Funktion in Erscheinung traten, waren gegenüber den anderen Gruppen deutlich unterrepräsentiert.

Abstriche mußten bei der Liste der vom Veranstalter namentlich angekündigten Beteiligten an den Fachtagungen und Workshops

gemacht werden. Dies mag verschiedene Ursachen haben. War es Wunschedenken der Veranstalter, das zu diesen Ankündigungen führte oder die Scheu, an der politisch bisweilen inkriminierten Universität Bremen aufzutreten, die zum Nichterscheinen manch Eingeladenen beitrug? Oder wurde einfach übersehen, daß zur gleichen Zeit andere Veranstaltungen im Bereich der beruflichen Bildung liefen? Ganz sicher handelte es sich bei einem Teil der Absagen um jene, die bei solchen Tätigkeiten unvermeidlich sind. Die Massierung bestimmter Gruppen im Teilnehmerspektrum bedeutete von vornherein die Gefahr, daß Diskussionen entweder kaum zustande kamen oder in bestimmte Richtungen liefen. Es scheint ganz offensichtlich immer noch für manche ein Problem der Verständigung zu bestehen, das sich verstärken kann, wenn einige Wenige relativ homogenen größeren Gruppen gegenüberstehen. Die Erfahrungen waren unterschiedlich. Es gab Veranstaltungen, in denen zwar kontrovers und interessengeleitet diskutiert wurde, man sich aber trotz oder wegen allen Engagements verstärkten könnte. In anderen wiederum herrschte der Eindruck vor, als hätte der „Dialog der Taubstummen“ begonnen. Es ruft nun mal je nach Standpunkt ein leichtes Grinsen oder ein gequältes Lächeln hervor, wenn ein Hochschullehrer die Frage nach seiner Praxiserfahrung nur mit dem Hinweis auf seine wissenschaftliche Laufbahn beantworten kann, dient aber kaum der Verständigung. Dies gilt noch viel mehr für jene Vorträge, die ganz gezielt für eine bestimmte Klientel gehalten werden. Der Referent erntet zwar den erhofften Beifall der Angesprochenen, verschließt sich allerdings selbst den Zugang zu anderen. Die offenen Fragen der Berufsbildung werden jedoch durch das Messen der Phönixstärke des Beifalls kaum einer Lösung zugeführt.

Resümee

Wie kann eigentlich ein Resümee dieser Veranstaltung aussehen? Letztlich muß dies jeder der Teilnehmer für sich allein ziehen, es kann nur Ausdruck der eigenen Meinung sein.

Positiv ist meines Erachtens bereits der Versuch zu werten, eine solche Veranstaltungsreihe zu starten, denn die Veranstalter kündigten die Fortsetzung 1982 in Hannover an. Die „Hochschultage Berufliche Bildung“ könnten dann eine Chance haben, wenn es gelänge, sie zu einem echten Diskussionsforum aller an der Berufsbildung Beteiligten werden zu lassen, in dem die anstehenden Probleme miteinander besprochen werden können, ohne daß sich dies im Austausch von Grundsätzlichem erschöpft. Gelingt dies nicht, so wird es sich sehr bald um eine jener universitären Veranstaltungen handeln, deren Wirkung und Zugkraft auf den Hochschulbereich beschränkt bleiben. Hochschulangehörige, Studenten und unter Umständen Lehrer repräsentieren jedoch wohl kaum die Mehrheit jener, die unmittelbaren Bezug zur Berufsbildung haben.

Es heißt also für die beteiligten Hochschulen, aus der „Subkultur“ oder besser vielleicht der „Insel Universität“ herauszutreten, Kontakte aufzunehmen, zu verstärken und auszubauen, wenn die geplanten „Hochschultage Berufliche Bildung '82“ dem hochgesteckten Ziel entsprechen sollen. Die Veranstalter werden sicherlich ihre Erfahrungen gesammelt haben und sie sorgfältig auswerten. Sie verdienen, so meine ich, schon allein im Hinblick auf die geleistete Arbeit die kritische Solidarität aller an der Berufsbildung Interessierten.

Günter Kühn

Die Integration von Einwanderern in Großbritannien

Die Ausgangslage

Großbritannien hat in den letzten 50 Jahren mehrere Einwanderungswellen erlebt:

- mit Beginn der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und im Verlauf des 2. Weltkrieges von Kontinentaleuropäern aus allen Ländern Europas,
- nach 1945 von zahlreichen Angehörigen der überseeischen Commonwealthstaaten,
- im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Expansion im Verlauf der fünfziger und sechziger Jahre von Angehörigen aus der Türkei und den südeuropäischen Ländern — insbesondere Italien —,
- in den letzten Jahren von politischen Flüchtlingen aus Latein-Amerika, Afrika und Asien.

Die Hauptkontingente seit 1945 stellen allerdings Einwanderer vom indischen Subkontinent und der Karibik dar.

Bei der letzten Bevölkerungszählung 1971 wohnten 2,58 Mill. Ausländer in Großbritannien bei einer Gesamtbevölkerung von rund 55 Mill. Da jedoch ein Teil der Einwanderer die britische Staatsbürgerschaft besitzt bzw. sie nach zehnjährigem Aufenthalt in Großbritannien erhalten kann, soll der Kreis derer, die mit Eingliederungsproblemen zu kämpfen haben, gegenwärtig um einiges höher liegen und schätzungsweise 7 Prozent betragen. (Vergleich: in der Bundesrepublik Deutschland betrug 1979 der Ausländeranteil 4,158 Mill. oder 6,7% der Gesamtbevölkerung; zu denjenigen Bevölkerungsgruppen, die jedoch in der Bundesrepublik Deutschland eingegliedert werden, müßten beispielsweise auch die deutschstämmigen Aussiedler aus Osteuropa gezählt werden, so daß man ebenfalls auf etwa 7% der Bevölkerung kommt, die im Eingliederungsprozeß steht).

Die verschiedenen Einwanderungsgruppen in Großbritannien konzentrieren sich ähnlich wie in der Bundesrepublik auf bestimmte Gebiete:

Es sind dies vor allem der Groß-Londoner Raum, South Lancashire und die West Midlands. Über die Hälfte aller Einwanderer leben in Groß-London (Wohnbevölkerung: 8,3 Mill.); das Bild ganzer Stadtteile wird von einzelnen Einwanderungsgruppen geprägt.

Durch Einschränkungen der Einwanderungsmöglichkeit und der Arbeitsaufnahme für Ausländer durch die britische Regierung in den 60er Jahren erhöhten sich die Zahlen für erwachsene männliche Einwanderer — ähnlich wie in der Bundesrepublik Deutschland nach dem Anwerbestopp von 1973 — nicht mehr wesentlich; dagegen stieg der Anteil der einreisenden ausländischen Frauen und Kinder erheblich an.

Aspekte britischer Einwanderungspolitik

Von Anfang an stand die Integration der Einwanderer im Mittelpunkt der britischen Einwanderungspolitik. Nach einer Anlaufzeit in den 60er Jahren, in der die britische Einwanderungspolitik erkannte mußte, daß die Integration der Einwanderer sich nicht von selbst vollzieht, verfuhr sie nach dem amerikanischen Vorbild der „Schmelzriegel-Politik“, die auf eine völlige Assimilation abzielte. Im Verlauf der 70er Jahre setzte sich dann der Gedanke an eine „multi-cultural-society“ durch. Dies ist heute das Leitziel britischer Einwanderungspolitik.

Das Hauptproblem einer Integration liegt vor allem in der wirtschaftlichen Eingliederung. Aufgrund der schwierigen ökonomischen Lage Großbritanniens, die durch eine hohe Arbeitslosigkeit,